

Informationsblatt nach Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung bei Videoüberwachung



Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen und ggf. seines Vertreters:

Stiftung Bergwerk Rammelsberg, Altstadt von Goslar
und Oberharzer Wasserwirtschaft
Bergtal 19
38640 Goslar

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (sofern vorhanden):

Die Stiftung erfüllt nicht die Bestellpflicht eines Datenschutzbeauftragten nach Art. 37 DSGVO (Datenschutzgrundverordnung) und nach § 38 BDSG (Bundesdatenschutzgesetz) in Deutschland. Daher wurde kein Datenschutzbeauftragter für die Stiftung bestellt.

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Schutz der Mitarbeiter*innen – Schutz des Eigentums – Wahrnehmung des Hausrechts – Verhinderung und Aufklärung von Straftaten (insbesondere Diebstahl und Vandalismus)
Art. 6 Abs. 1 lit. e DS-GVO in Verbindung mit §§ 12, 14 Niedersächsisches Datenschutzgesetz (NDSG), § 88 Niedersächsisches Beamtenengesetz (NBG), § 32 Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsrecht (NPOG)

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer:

7 Tage

Empfänger oder Kategorien von Empfänger der Daten (sofern Datenübermittlung stattfindet):

Eine Datenübermittlung der Aufzeichnungen an Dritte (z.B. der Polizei) findet nur statt, wenn dies zur Aufklärung von Straftaten erforderlich ist.

Weitere Informationen erhalten Sie:

an der Kasse
vom Oberharzer
Bergwerksmuseum oder auf der
Homepage
<https://www.welterbeimharz.de/datenschutz/>

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Niedersachsen ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Landesbeauftragte(r) für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstraße 5, 30159 Hannover, Telefon: 0511 120-4500, Fax: 0511 120 - 4599, E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de